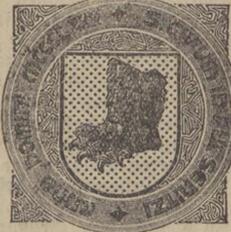


Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gelegentlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Pf., bei Lieferung frei Haus 55 Pf. Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. - Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Helmetteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. - D. A. L. 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Dittler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 41

Freitag den 18. Februar 1938

90. Jahrgang

Reichsminister Ruft auf dem Berliner Studententag

„Verantwortung und Führung durch den Charakter des aktiven Nationalsozialisten bedingt“

Berlin. Den Höhepunkt und Abschluß des Berliner Studententages bildete am Donnerstagabend eine große Kundgebung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes und der NS-Studenten-Kampfbünde. Reichserziehungsminister Ruft und Reichsstudentenführer Dr. Scheel sprachen vor den Dozenten und Studenten der Berliner Hochschulen über die Aufgaben, die unsere Zeit an den nationalsozialistischen Studenten und an die Wissenschaft stellt.

Reichsstudentenführer Dr. Scheel ging in seiner Ansprache von dem neuen Begriff der Freiheit aus, im Gegensatz zu dem früheren Typ des sog. „Freiwilligen“. Der Nationalsozialismus habe das sog. „Freiwilligentum“ von früher beseitigt und dafür die echte Freiheit durch Einordnung eines jeden Studenten in eine höhere Erziehungsgemeinschaft begründet.

Heute werde die Sehnsucht so vieler bester deutscher Studenten, die 1815 ihren Anfang nahm, verwirklicht: die Einigung des deutschen Studententums in organisatorischer und vor allem in geistiger Hinsicht.

Die nationalsozialistischen Kameradschaften des NSD-Studentenbundes seien keinesfalls die Fortsetzung der früheren studentischen Korporationen, sondern für immer eine Gliederung der nationalsozialistischen Bewegung. Hier sei die neue Erziehungsstätte zur Wissenschaft, zur deutschen Hochschule der Zukunft.

Nach der Aufführung der Kantate „Der Weg ins Reich“ von Heinrich Spitta ergriff, stürmisch begrüßt, Reichserziehungsminister Ruft das Wort. In passenden Worten schilderte der

Reichserziehungsminister den Studenten ihre Aufgaben im Dienste an der Wissenschaft und im Dienste am deutschen Volk. Insbesondere gedachte er der besonderen Aufgaben, die der Vierjahresplan an die deutsche Wissenschaft stellt. Es gelte nunmehr in stiller Forschungsarbeit uns das zu erobern, was uns der Boden nicht gibt.

Reichserziehungsminister Ruft griff in diesem Zusammenhang noch einmal die Parole auf, die er nach der Verkündung des Vierjahresplanes den deutschen Hochschulen gestellt habe, die Parole: „Wissenschaft“. Diese Parole gelte sowohl für die Professoren wie auch für die Studenten der deutschen Hochschulen. Er rief sie alle Professoren und Studenten, auf zur Mobilisierung der wissenschaftlichen Arbeit im Dienste der Nation, aber auch zur Mobilisierung ihres ganzen politischen Einsatzes; denn die Fähigkeit zur Verantwortung und Führung werde vor allem bedingt durch den Charakter eines fanatischen und leidenschaftlichen aktiven Nationalsozialisten.

Reichsminister Ruft appellierte in diesem Zusammenhang mit Nachdruck an die alten Akademiker: „Gehen Sie voran in dieser Zeit“, so rief er ihnen zu, „das verlangt Deutschland heute von denen, die sich Akademiker nennen“. Seine aufrüttelnde und hinreichende Ansprache schloß Reichsminister Ruft, immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen, mit den Worten: „Euer Fahnenträger, Studenten, Horst Wessel ruft Euch aus der Ewigkeit das verpflichtende Wort zu, das heute Deutschlands Nationalhymne geworden ist: „Die Fahne hoch!“

les, die auf Einsetzung des Verfahrens oder Freispruch lauten, sind dem Justizministerium zuzuleiten, das das Urteil nachprüft. Falls das Ministerium aus dem Urteil auf Böswilligkeit oder falsche Würdigung des Tatbestandes zu schließen glaubt, kann es die Wiederaufnahme des Verfahrens verfügen und gegen die Richter Disziplinarverfahren verhängen. Damit ist die Unabhängigkeit des Richtertums aufgehoben.

Auch Trozkis Sekretär ermordet

Im Zusammenhang mit dem Tod des Sohnes Trozkis hat in Paris die Meldung besondere Beachtung gefunden, daß der frühere Privatsekretär Trozkis, der Jude Erwin Wolf, von Agenten der G.P.U. aus Sowjetspanien nach Moskau entführt und dort ermordet worden ist.

Wolf war der Sohn eines jüdischen Großkaufmanns aus Reichenberg in Böhmen. Er hatte während des Aufenthaltes Trozkis in Norwegen lange Zeit als dessen Sekretär gearbeitet. Später fuhr er als Berichterstatter der „News Chronicle“ nach Sowjetspanien, wo er im Herbst vorigen Jahres auf geheimnisvolle Weise verschwand. Nachforschungen des tschechoslowakischen Konsulats hatten damals nur das Ergebnis, daß Wolf im Gefängnis Covento de Santa Ursula von der G.P.U. festgehalten wurde. Von hier aus ist er nach übereinstimmenden Meldungen nach Moskau gebracht und erschossen worden.

17 neue Opfer der Blutjustiz

Die sowjetrussische Provinzpresse der letzten Tage berichtet aus den verschiedensten Teilen der Sowjetunion von neuen politischen Prozeßen und Todesurteilen. So fand in Nowosibirsk ein „Sabotage“-Prozeß statt, bei dem zwei Funktionäre der Forstwirtschaft zum Tode und mehrere andere zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt wurden.

In dem Prozeßbericht, den die Zeitung „Sowjetskaja Sibir“ bringt, findet sich u. a. auch die bemerkenswerte Angabe, daß der Tagesverdienst für den im Gebiet Nowosibirsk beschäftigten Waldarbeiter sich auf 24 Kopelen (nach dem offiziellen Umrechnungskurs 24 Pfennig, der Kapitalkraft nach höchsten 10 Pfennig) belaufe.

In Leningrad habe, wie die „Leningradskaja Prawda“ berichtet, die G.P.U. eine „Verschwörung unter Omnibusfahrern“ entdeckt, die es angeblich darauf anlegte, im Straßenverkehr möglichst viele Unglücksfälle hervorzurufen. Sechs Mitglieder dieser „Schlingenschar“ sind zum Tode verurteilt und bereits hingerichtet worden. Fünf weitere Personen aus dem Städtchen Porschow (im Leningrader Gebiet) wurden wegen konterrevolutionärer Umtriebe erschossen. Vier Hinrichtungen wegen Sabotage der Getreidewirtschaft verzeichnet die Frakturzeitung „Nisibirische Prawda“. Wegen Opposition gegen die Stachanow-Bewegung und „terroristischer Akte“ wurden in Baku zwei Arbeiter vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt. In Tschelken wurden zwei turkmenische Bauern wegen „kolchosfeindlicher Umtriebe“ gleichfalls durch ein Kriegsgericht zur Erschießung verurteilt.

Stoblin im Fernost-Generalstab?

Nach in Warschau vorliegenden sicheren Nachrichten soll der Entführer des Generals von Miller, General Stoblin, sich im Fernen Osten befinden, wo er im roten Generalstab mit besonderen Aufträgen der G.P.U. für China und die Neuere Mongolei betraut sei.

Wehrmacht dem Führer nähergerückt

Die Bedeutung des 4. Februar für die Wehrmacht

In der Zeitschrift „Die Wehrmacht“ kennzeichnet Major von Wedel vom Oberkommando der Wehrmacht die Bedeutung, die die Entscheidungen des Führers vom 4. Februar für die deutsche Wehrmacht haben. Der Verfasser weist einleitend auf den überall zu erkennenden Drang zur affektiven Zusammenfassung der Befehlsgewalt hin, der in Italien am stärksten zutage trat. Frankreich habe den Kriegsminister zum Verteidigungsminister, den Chef des Generalstabes des Heeres, General Gamelin, zum Chef des Generalstabes der Wehrmacht gemacht.

Der Aufsatz zeigt dann die Organisation der Wehrmacht in Deutschland, wo die oberste Kommandogewalt in den Händen des Reichspräsidenten lag. Nach dem Tode des greisen Feldmarschall-Reichspräsidenten trat der Führer voll in dessen Rechte. Unter ihm leitete der Reichskriegsminister als Oberbefehlshaber den Aufbau der neuen Wehrmacht. Innerhalb des Reichskriegsministeriums nun hat sich in den letzten Jahren infolgedessen eine Wandlung vollzogen, als sich aus dem Arbeitsstab des Reichswehrministers ein Kommandostab des Reichskriegsministers mit Führungsaufgaben herausbildete. Noch immer aber blieben Wehrmachtamt, Oberkommando des Heeres und Oberkommando der Kriegsmarine zusammengefaßt im Reichskriegsministerium.

Die Organisation des bisherigen Reichskriegsministeriums ist nunmehr geändert. So wie die drei Wehrmachtteile für ihren Befehlshaber im Oberkommando des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe über eigene Kommandostrukturen verfügen, ist als Kommandobehörde der Gesamtwehrmacht das Oberkommando der Wehrmacht eingesetzt. Dieses Oberkommando ist durch die unmittelbare Unterstellung als militärischer Stab unter den Führer nach seinem Willen für die einheitliche Vorbereitung der Reichsverteidigung auf allen Gebieten verantwortlich. Der erste Berater des Führers in diesen Fragen, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, hat logischerweise den Rang eines Reichsministers erhalten. Aus staatsrechtlichen Gründen ist der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht nebenbei mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskriegsministers betraut.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß neben der organisatorischen Vereinfachung und Klärung die gesamte Wehrmacht dem Führer persönlich nähergerückt ist. Er ist jetzt ohne Zwischeninstanz Oberbefehlshaber. Der Führer hat damit gerade der Wehrmacht erneut sein besonderes Vertrauen bewiesen. Die Soldaten der nationalsozialistischen Wehrmacht

sind nun dieses Vertrauens bewußt und werden ihr Wesen daran setzen, es niemals zu enttäuschen.

Ueber diese reinen Führungsfragen der Wehrmacht hinaus hat der Führer durch die Bildung des Geheimen Kabinettsrats fundiert, daß er auch in den großen Fragen der Außenpolitik der Wehrmacht die Rolle zubilligt, die ihr als Machtinstrument des Staates bei den Entscheidungen der Außenpolitik zukommt.

Im Rahmen der Maßnahmen des 4. Februar hat der Führer den Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Hermann Göring, zum Generalfeldmarschall und damit zum ersten Reichspräsidenten der Wehrmacht ernannt.

Strenges Regiment in Bukarest

Draconische Maßnahmen gegen alle Parteipolitiker

Die rumänische Regierung hat ein wichtiges Gesetz erlassen, das gegen die Störung der öffentlichen Ordnung gerichtet ist und dabei auf der Linie der Unterdrückung allen parteipolitischen Lebens liegt. Es wird die Bildung von geheimen politischen Gruppen, das Marschieren in militärischer Ordnung und das öffentliche Singen von Liedern verboten, die als Ausdruck einer politischen Kundgebung angesehen werden können, und mit Gefängnisstrafen belegt. Gasthäuser, Kaffeehäuser, Klublokale usw. werden geschlossen, falls sie Treffpunkt oder Unterstufpunkt für Mitglieder politischer Organisationen sind oder falls in ihnen Gewalttaten gegen die Sicherheit des Staates vorbereitet werden könnten, oder schließlich in allen Fällen, in denen die Sicherheit des Staates es erfordert.

Beamte des Staates oder der Gemeinden oder der öffentlichen Verbände, Geistliche aller Bekenntnisse und Lehrer dürfen keiner Partei oder politischen Gruppen angehören. Sie müssen, wenn sie einer Partei angehören, binnen sieben Tagen austreten und binnen 15 Tagen bei ihrer vorgelegten Dienststelle Meldung über ihre frühere Zugehörigkeit erstatten. Unterlassung des Austritts oder der Meldung zieht die Entlassung aus dem Dienst unter Verlust des Ruhegehalts nach sich.

Besonders einschneidend sind die Bestimmungen über die Justiz. Gerichtsurteile bei Vergehen gegen die Ge-

